

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Jörg Schneider, Jürgen Braun, Peter Felser,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/20118 –**

Schwere Verlaufsformen bei Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 reduzieren – Vitamin-D-Mangel in der Bevölkerung beseitigen, Immunabwehr stärken

A. Problem

Die Antragssteller erklären, dass durch medizinische Studien belegt sei, dass ein Zusammenhang zwischen der Stärke des menschlichen Immunsystems und dem Vitamin-D-Spiegel im Blutserum existiere. Ein Mangel und eine suboptimale Versorgung mit Vitamin D stellten ein Risiko für Atemwegsinfektionen dar. In Deutschland litten mehr als die Hälfte der Einwohner an einer mangelhaften oder suboptimalen Versorgung mit Vitamin D. Eine Behebung dieses Zustands könne dazu beitragen, viele aktive Krankheitsverläufe zu verhindern oder deutlich abzumildern.

B. Lösung

Die Antragssteller fordern, dass die Bevölkerung in Deutschland umfassend über die gesundheitlichen Folgen einer mangelhaften oder suboptimalen Vitamin-D-Versorgung in Bezug auf akute Atemwegserkrankungen und andere Erkrankungen sowie über etwaige Dosierungsfehler informiert werde. Zudem sollten künftig zwei Messungen im Jahr als zuzahlungsbefreite Kassenleistungen in Anspruch genommen werden können. Daneben müssten Maßnahmen zur Verbesserung der Vitamin-D-Versorgung ergriffen sowie die medizinische Forschung hinsichtlich eines Vitamin-D-Mangels und der damit verbundenen Krankheitsrisiken gefördert werden. Zusätzlich sei die Ärzteschaft aufzufordern, Krankenhauspatienten mit schweren Infektionen der Atemwege sowie Geriatrie- und Palliativpatienten in stationären Pflegeeinrichtungen regelmäßig auf einen Vitamin-D-Mangel zu untersuchen und zu behandeln.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/20118 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurde nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/20118 abzulehnen.

Berlin, den 1. Juli 2020

Der Ausschuss für Gesundheit

Erwin Rüdgel
Vorsitzender

Rudolf Henke
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Rudolf Henke

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf der **Drucksache 19/20118** in seiner 166. Sitzung am 18. Juni 2020 in erster Lesung beraten und zur alleinigen Beratung an den Ausschuss für Gesundheit überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragssteller stellen fest, dass in der Medizin seit langer Zeit ein Zusammenhang zwischen einer Infektanfälligkeit und einem Vitamin-D-Mangel diskutiert werde. Mittlerweile sei durch einige medizinische Studien belegt, dass es einen Zusammenhang zwischen der Stärke des menschlichen Immunsystems und dem Vitamin-D-Spiegel im Blutserum gebe. Zudem seien ein Mangel an Vitamin D sowie eine suboptimale Versorgung als Risiko für Atemwegsinfektionen identifiziert worden. Weiterhin habe das Robert Koch-Institut (RKI) festgestellt, dass ein Vitamin-D-Mangel messbar das Risiko einer Erkrankung an Rachitis, Osteomalazie und Osteoporose erhöhe. Die Antragssteller erklären, dass in Deutschland mehr als die Hälfte der Einwohner an einer mangelhaften oder suboptimalen Versorgung mit Vitamin D litten. Im Zeitraum um die Wintersonnenwende seien die Tage besonders kurz und die Strahlenintensität der Sonne bedingt durch den niedrigen Einstrahlwinkel besonders niedrig, sodass die menschliche Vitamin-D-Produktion in diesem Zeitraum entsprechend gering sei. Auf denselben Zeitraum fielen auch die jährlichen Grippe- und Erkältungswellen. Die Behebung eines Mangels oder einer suboptimalen Versorgung könne daher dazu beitragen, viele aktive Krankheitsverläufe zu verhindern oder abzumildern. Zudem müsse berücksichtigt werden, dass die Fähigkeit des menschlichen Körpers zur Synthese von Vitamin D mit zunehmendem Alter sinke. Da während der Corona-Pandemie überwiegend alte, multimorbide Patienten verstorben seien, die zur Risikogruppe für einen Vitamin-D-Mangel gehörten, sei eine Aufklärung erforderlich, inwiefern diese Patienten ausreichend mit Vitamin D versorgt gewesen seien.

Die Antragssteller fordern die Bundesregierung daher dazu auf, die Bevölkerung in Deutschland umfassend über die gesundheitlichen Folgen einer mangelhaften oder suboptimalen Vitamin-D-Versorgung zu informieren sowie auf mögliche Dosierungsfehler hinzuweisen. Zudem müssten Maßnahmen zur Verbesserung der Vitamin-D-Versorgung in der Bevölkerung ergriffen sowie darauf hingewirkt werden, dass jährlich zwei Messungen als zuzahlungsbefreite Kassenleistungen in Anspruch genommen werden könnten. Daneben müsse die Ärzteschaft dazu aufgefordert werden, Krankenhauspatienten mit schweren Infektionen der Atemwege sowie Geriatrie- und Palliativpatienten in stationären Pflegeeinrichtungen regelmäßig auf einen Vitamin-D-Mangel zu untersuchen und diesen dann entsprechend zu behandeln. Außerdem sei eine stärkere Förderung der medizinischen Forschung hinsichtlich eines Vitamin-D-Mangels und der Krankheitsrisiken notwendig.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss

Der Ausschuss für Gesundheit hat in seiner 97. Sitzung am 1. Juli 2020 seine Beratungen zu dem Antrag auf Drucksache 19/20118 aufgenommen und abgeschlossen.

Als Ergebnis empfiehlt der **Ausschuss für Gesundheit** mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, den Antrag auf Drucksache 19/20118 abzulehnen.

Berlin, den 1. Juli 2020

Rudolf Henke
Berichtersteller